

Bei einer religiösen Durchdringung moderner Daseinsformen kann nur bedingt an bestehende christliche Sitten angeknüpft werden... In der Regel stellt sich die mühevoll Aufgabe, Ansätze moderner Religiosität wieder in Sitten umzuwandeln.

Friedrich Fürstenberg

Strapazierte Tendenzwende

In den letzten Monaten, vor allem in der nachrichtenarmen Zeit um Weihnachten und zum Jahresbeginn, war ein Wort in aller Munde und auf aller Papier: Tendenzwende. Was damit alles gemeint ist, gemeint sein könnte, ist nicht leicht festzustellen. Kennzeichnend dafür ist wohl, daß man glaubt, es handle sich bei dem, was man im politischen, kulturellen und teilweise im religiösen Bereich als Tendenzwende registriert, nicht mehr bloß um kurzfristige, mehr oder weniger nur an der Oberfläche stattfindende, Tiefenströmungen nicht erreichende, mehr der Mode als der rationalen Steuerung unterworfenen Umschwünge, sondern mindestens um Trendänderungen im Lebensgefühl, in der Einstellung zur Wirklichkeit, in der Beurteilung politischer Programme und ideologischer Richtungen mit tiefergehenden und längerfristigen Wirkungen.

Politisch gegenläufige Trends

Geht man freilich etwas ins Konkrete, dann zeigt sich, daß der gern aufgenommenen Rede von der Tendenzwende ganz unterschiedliches Vergleichsmaterial zugrundeliegt, daß die apostrophierten Entwicklungen keineswegs einlinig, ja oft zwischen verschiedenen Sachbereichen durchaus widersprüchlich verlaufen und daß schlußendlich als gemeinsamer Nenner eher die Tatsache übrigbleibt, daß man die Anzeichen, die für eine Tendenzwende sprechen, nicht nur mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt, sondern seit langem herbeisehnte, als daß sich gesicherte Daten über einen sich anbahnenden grundlegenden Wandel feststellen ließen.

Doch wenn auch die Gefahr besteht, daß man herbeiredet, was in der gesellschaftlichen und geistigen Wirklichkeit noch gar kein so klares Profil zeigt, es ist nicht zu leugnen, daß gegenwärtig beträchtliche Umschwünge stattfinden, allerdings in einer recht unterschiedlichen Zeitenfolge und nach unterschiedlicher Intensität, was die verschiedenen,

miteinander auch nur schwer vergleichbaren Lebensbereiche angeht.

Im Bereich von *Wirtschaft und Beschäftigung*, der gegenwärtig am meisten Sorgen macht, ist die Tendenzwende noch eine Sache der Hoffnung. Während die Inflationskurve abzufachen beginnt, steigen die Arbeitslosenzahlen für deutsche Verhältnisse sogar in unvorstellbar gewordene Höhen. Ob die beschlossenen Konjunkturprogramme wirken, schon um die Jahresmitte oder erst in der zweiten Jahreshälfte, scheint selbst unter Wirtschaftsexperten noch eine sehr unsichere Sache zu sein, und die Versionen der Politiker und ihrer Parteien hängen mehr davon ab, ob sie Optimismus für die bevorstehenden Wahlkämpfe brauchen, um den Erfolg ihrer Politik nachweisen zu können, als von der tatsächlichen Entwicklung. Ob uns eine weltweite Krise erspart bleibt oder nicht und ob auch Länder mit ausgeglichenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen davon — aufgrund der internationalen Entwicklung — erfaßt werden, ist — so die allgemeine publizistische und politische Meinung — noch gar nicht ausgemacht.

In Kontrast dazu steht der demoskopisch festgestellte steigende Optimismus in der Bevölkerung. Trotz der bekannten Unsicherheitsfaktoren ist der Anteil der Hoffnungsvollen in der Bevölkerung, so das Ergebnis einer jährlich durchgeführten Allensbacher Neujahrsumfrage (vgl. Deutsche Zeitung, 10. 1. 75), von dem absoluten Tiefstand im Jahre 1973 von 30% Ende 1974 auf immerhin 44% angestiegen. Dies ist sicher kein Ausdruck allgemeinen Frohlockens, aber angesichts kriselnder Preis-, Absatz- und Beschäftigungsentwicklung ein interessantes Phänomen. Bundeskanzler *Schmidt* jedenfalls bedankte sich in seiner Neujahrsansprache freundlichst beim Bürger für den neu aufkeimenden Optimismus. Und da Prof. *Elisabeth Noelle-Neumann* die Umfrage-Ergebnisse ihres Instituts nicht nach rein wirtschaftlichen Faktoren inter-

pretieren wollte, sondern nach rational- und emotionalpolitischen, und dabei feststellte, die Angst über Führungsschwäche in Bonn sei nun weg, auch die Enttäuschungen über die Ergebnisse der Bonner Ostpolitik sei abgeklungen, möchte man meinen, die aufsteigende Kurve der Zuversicht würde auch politisch im Blick auf die Parteipräferenz zu Buche schlagen, zumal die gegenwärtige politische Führung, jedenfalls soweit sie im deutschen Bundeskanzler personifiziert ist, dem entspricht, was man nach den Enttäuschungen über nicht einlösbare Reformversprechungen sich als idealtypische politische Führung vorstellt: Festigkeit in der Durchführung des politischen Geschäfts und Beschränkung auf das Realisierbare. Doch im Blick auf die Parteien scheint der mit dem Pessimismus an der Jahreswende 1973/74 einsetzende Trend fortzubestehen und, wie nicht nur unionsnahe Demoskopien bestätigen, sich zu konsolidieren: Die christlichen Demokraten sind die vom deutschen Wählervolk auch jetzt noch bevorzugte Partei. Laut Umfrage liegt ihr Wähleranteil im Augenblick bei 53%, während die deutsche Sozialdemokratie immer noch nicht aufholen kann und die Freien Demokraten um ihr politisches Überleben kämpfen. Hier scheint sich also eine schon ein gutes Jahr andauernde Tendenz (weg von den Koalitions-, hin zu den Oppositionsparteien) fortzusetzen und nicht umzukehren.

Von Tendenzwende in diesem Sinne also keine Spur? Oder sollte diese gerade darin bestehen, daß man sich von der Reform- und Entspannungseuphorie der letzten Jahre so gründlich abwendet, daß man sich von den Kräften, die die politischen Träger dieser Stimmung waren oder sie sich wenigstens zunutze machten und denen man etwas leichtgläubig gefolgt war, trotz des Wechsels an der Führungsspitze nun durch fortwirkendes Mißtrauen wegen der eigenen Selbsttäuschungen doppelt distanziert. Für die Richtigkeit einer solchen Wertung könnte u. a. der Hinweis von Frau Noelle-Neumann sprechen, daß die Welle der Zustimmung zur Ostpolitik der Ära Brandt parallel zu erhöhten Sympathien für marxistische Strömungen führte und die Ernüchterung über die ostpolitischen Möglichkeiten am Ende der Ära Brandt wieder deutlich zu einer Abnahme der Marxismus-Sympathien führte. Als harter Kern der apostrophierten Tendenzwende erwies sich demnach ein Wandel der politischen Mentalität von ideologisch, gelegentlich utopisch angehauchten Maximalprogrammen zu nüchterner Realpolitik, für die Reformen jedoch keineswegs tabu sind, aber die Stabilisierung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit jetzt, wo sie gefährdet ist, absoluten Vorrang hat. Nimmt man noch hinzu, was ebenfalls Frau Noelle-Neumann an Hand der Allensbacher Umfragen zur gegenwärtigen Stabilitäts- und Beschäftigungslage feststellt, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung unter Verzicht auf kurzfristige Erfolge zur Sicherung langfristiger Ziele bereit ist, so läßt sich aus alledem wohl schließen, daß der Durchschnittsbürger insgesamt zu langfristigerem Denken auch im gesellschafts-

politischen Bereich bereit und mehr und mehr auch fähig ist. Dies dürfte sich langfristig auch politisch stabilisierend auswirken. Allzu weitreichende Schlüsse wird man dennoch nicht ziehen können, denn daß man zu Zeiten, wo mehr Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz bangen, zum Verzicht auf übertriebene Lohnforderungen bereit ist, liegt auf der Hand: auch kurzfristig muß der Arbeitsplatz mehr interessieren als ein oder zwei Prozent höhere Löhne, die ja an dem inzwischen erworbenen Lebensstandard beim Großteil der Bevölkerung nichts oder wenig ändern. Die starke Zustimmung für eine stabilitätsorientierte Politik zeugt dennoch von mehr politischer Reife.

Rückkehr der „verlorenen Söhne“?

Doch die meisten, die von Tendenzwende reden, meinen gar nicht die wirtschaftliche Entwicklung oder die Reaktionen der Bürger auf wirtschaftspolitische Maßnahmen. Für sie hat das Wort eher einen politisch-kulturellen Doppelsinn. Man versteht es politisch insofern, als man Tendenzwende in erster Linie als Abwendung von progressiver Reformpolitik hin zu einem neuen Konservatismus versteht und dementsprechend ein neues kulturelles und kulturpolitisches Klima im Anzug sieht, das von neuen Konservatismusneigungen geprägt ist. Man verweist dabei mit Vorliebe auf den *Mentalitätswandel in der Jugend*. Man ist verwundert oder (je nach Richtung) verstört über den Bodengewinn CDU-naher Formationen an den Universitäten, man staunt über den Zulauf bei der Schüler-Union, man befürchtet ansteigende Sympathien für konservative oder als rechtslastig eingestufte Politiker. Sicherheit habe nun wieder Vorrang vor Fortschritt. Manche Probleme, die die öffentliche Diskussion der letzten Jahre beherrscht haben, verlieren plötzlich an Gewicht. Der Generationenkonflikt — von vielen als das Thema der letzten Jahre und als eine Hauptursache politischer und ideologischer Polarisierungen angesehen — scheint schon kein akutes Problem mehr zu sein. Frau Noelle-Neumann konstatiert „ein Auslaufen der Unduldsamkeit, eine Annäherung der Generationen — fast ohne Zutun der Älteren, weil die junge Generation am stärksten ergriffen worden war vom Willen zur Versöhnung . . .“ Der Klassenkampf der Generationen finde nicht statt.

Und siehe da, schon melden sich die ersten „liberalen“ Persönlichkeiten von Rang, die unter der Parole von mehr Gleichheit für alle Bürger das Reformfeuer der letzten Jahre mitentzündet hatten, zur Revision ihres gesellschafts- und kulturpolitischen Grundvokabulars. So *Ralf Dahrendorf* in seiner Januar-Artikelserie in der „Zeit“. Da verkündet der einst „progressive“ Liberale nun, was „konservativere“ Geister, vermutlich mit weniger Aussicht auf Gehör, in den letzten Jahren gegen den Strom gepredigt hatten: Es sei „der Punkt erreicht, an dem alle guten Dinge sauer oder vielmehr schal werden und alle Anläufe

zur Gerechtigkeit tatsächlich eine neue Hörigkeit schaffen“. Ausgerechnet zum Auftakt des *Jahres der Frau* meldet der liberale Professor Bedenken zu unserer Gleichberechtigungspolitik zwischen den Geschlechtern an: Mit einer Verabsolutierung des Prinzips geraten wir nicht nur „vom Regen des ‚männlichen Chauvinismus‘ in die Traufe der ‚Women’s Lib‘, sondern programmieren vor allem die Widersprüche, die unsere Lösungen für die Probleme von gestern wieder zunichte machen“. Und ausgerechnet in einer Phase wachsender Arbeitslosigkeit zeigt er mit dem Finger auf die Grenzen einer Politik der Vollbeschäftigung. Obwohl die bewußte Politik der Vollbeschäftigung einer der großen Fortschritte unserer Gesellschaften war, sei da „irgend etwas schiefgelaufen mit dem Prinzip“. Statt den Menschen zuzusichern, daß alles getan werde, um jedem eine Stellung und für den Notfall ein annähernd gleiches Einkommen zu sichern, „wächst die Versuchung, ihnen eine Garantie zu geben, daß sie bleiben können, wo sie gerade sind“.

Der Bildungstheoretiker Dahrendorf will auch dort nicht ausweisen, wo er der Versuchung zu solchen Garantien in der frühen Phase der Diskussion über die Bildungsreform selbst vorgearbeitet hatte. Er verteidigt zwar die von ihm vor bald 10 Jahren in die Diskussion eingeführte Parole vom „Bürgerrecht auf Bildung“, aber er reduziert dieses dann doch auf das Recht auf (möglichst) gleiche Chancen, „zwischen Ungleichem zu wählen“. Und selbst da scheint er noch Einschränkungen zu machen. Die Gleichheit der Chancen sei nicht nur dort verwirklicht, wo alle Gruppen im Proporz auf allen Ebenen des Bildungswesens vertreten seien, und man brauche keineswegs jede Anstrengung zu unternehmen, um einen solchen Proporz herzustellen. Und zur Gesamtschule: „Wenn wir die Idee der Gesamtschule verfälschen zu einer Idee der Integration statt der Differenzierung, dann wird sie in einer Welt der Vielfalt zu einer Zwangsanstalt; dann opfern wir die Realität der Freiheit für den Anschein der Gleichheit.“ Tatsächlich dürfte der Abschied von einer alles schleifenden Gleichheitsideologie und eine neue Hinwendung zur Differenzierung der Kern einer Tendenzwende an der Grenzlinie von Kultur und Politik sein. Daß es bei vielen aber auch nur eine Abwendung aus Enttäuschung ist, darf wohl auch nicht übersehen werden. Und insofern bleibt doch die Frage, ob es sich um Mode-Umschwünge oder doch um Kursänderungen in Tiefenströmungen handelt. Auf jeden Fall kann man jene verstehen, die angesichts der da und dort ausgebrochenen Freude über die Rückkehr der „verlorenen Söhne“ gerne auf die eigene größere Standfestigkeit verweisen. In mancher Beziehung scheint das, was jetzt unter Tendenzwende läuft, im Rückblick auf die letzten Jahre eher ein Beweis für die Trendanfälligkeit von Massengesellschaften einschließlich ihrer Führungsinstanzen als schon der Beleg für einen grundlegenden geistigen Wandel in der jetzigen Phase der Ernüchterung zu sein.

Die Kirche muß ihren eigenen Weg finden

Aber selbst wer Symptome für einen tiefgehenden Wandel nicht bestreiten will, wird sich davor hüten müssen, aus solchen Symptomen voreilige, übertriebene oder falsche Konsequenzen zu ziehen. Dies zu betonen ist wohl um so wichtiger, je größer die Versuchung ist, die diffusen Zeichen eines ideologisch-politischen Umschwungs urchristlich als Bestätigung der eigenen Position auszulegen. Dies gilt besonders für die Kirche.

Durch nichts läßt sich bisher nachweisen, daß die neue Grundstimmung insgesamt nur auf Bewahrung zielt oder nur auf Sicherheit und Festigkeit von Institutionen setzt. Den Abschied geben will man den Übertreibungen der letzten Jahre. Man hat gesehen, wohin Bildungskonzeptionen führen, die einem platten Rationalismus huldigen, allein von den materiellen oder sozialen Interessen der Kinder oder der Jugendlichen ausgehen oder allein auf ein verabsolutiertes Emanzipationsideal setzen, das in der Praxis in blanken Interessenkampf oder ins Chaos umschlägt und dann meist bei der Diktatur der Minderheit über die Mehrheit endet. Man hat die Hoffnungen auf die problemlose Organisierbarkeit menschlichen Glücks etwas reduziert; das rauhere wirtschaftliche Klima hat — das ist sicher ein positiver Nebeneffekt — noch rechtzeitig zur Ernüchterung beigetragen und so den im unbeschwerten Wohlstandsgenuß etwas länger dauernden Lernprozeß abgekürzt. Man hat innerhalb der Jugend — deshalb der Zuzug zu den Gemäßigteren unter den politischen Jugendverbänden — Überdruß an ideologischer Indoktrinierung, auch wenn dieser in den Schulen und in Teilbereichen der Hochschulen fortwirkt. Auch mehr Sinn für Ordnung als politische Kategorie, mehr Bereitschaft für Kompromiß und Interessenausgleich und auch wieder eine positivere Wertung von Autorität läßt sich feststellen. Doch sollte man sich gerade in der Kirche nicht täuschen: Die Kirchen sind im Umbruch der letzten Jahre selbst in ihrer geistlichen Substanz verwundet worden. Die Anfälligkeit für einen an innerweltlichen Hoffnungen und Utopien orientierten Zeitgeist war nicht besser als juristisch-dogmatische Erstarrung. Um so wichtiger ist, daß die Kirche nun, wo der Rückfluß stärker wird, ihren eigenen Weg findet und nicht auf die abwegige Wunschvorstellung verfällt, mit einem neuen Zug zur Sicherung und Bewahrung erfolge auch wieder eine stärkere Zuwendung zum Christentum oder zur Kirche als Institution. Der Grundkonflikt der Moderne zwischen der Vorstellung von technischer, organisatorischer und pädagogischer Machbarkeit der Lebensverhältnisse als anzuzielendes Glück und dem Glauben an die Kreativität der Menschen wird sich eher noch zuspitzen. Abwendung vom Utopischen heißt noch nicht Besinnung auf die eigene Geschöpflichkeit, sondern zunächst einmal nur Besinnung auf das Realisierbare. Aus dem Glauben an das Machbare findet der erfolgsgewohnte Zeitgenosse nur schwer heraus. Genau diesen Weg aber muß die Kirche ihm weisen. *D. A. Seeber*